

Wahlen in Tansania 2015

Von Siegfried Schröder und Elke Kuhne

Am 5. November 2015 wurde der neue tansanische Präsident, Dr. John Pombe Magufuli in sein Amt eingeführt. Wie seine vier Vorgänger gehört er der *Partei der Revolution (CCM)* an, die seit der Unabhängigkeit, vormals als TANU, die Regierung stellt. Mit der aus Sansibar stammenden Samia Suluhu Hassan ist zum ersten Mal eine Frau als Vizepräsidentin ernannt worden. Der Kandidat des Oppositionsbündnisses UKAWA, Edward Lowassa, bekam 40% der Stimmen, ein Wahlergebnis, das er nicht anerkennt. Bei den Parlamentswahlen konnte die CCM ihre breite Mehrheit behaupten, wenn auch die Opposition einige Sitze dazugewann. Die parallel mit den nationalen Wahlen durchgeführten Regionalwahlen auf dem semi-autonomen Sansibar-Archipel wurden annulliert, eine Lösung der damit verbundenen Konflikte steht noch aus.

1. Art der Wahlen und Zuständigkeit der Durchführung

Am 25. Oktober 2015 fanden turnusgemäß Wahlen zur Präsidentschaft, zum nationalen Parlament der Vereinigten Republik Tansania und zu den Vertretungskörperschaften auf Distriktebene (*district councils*) statt. Am gleichen Tag wurden auf dem semi-autonomen Sansibar-Archipel zusätzlich Wahlen zur sansibarischen Präsidentschaft und zum Abgeordnetenhaus der Inselgruppe abgehalten.

Nationale Wahlbehörde

Die Wahlvorbereitung und -durchführung lag in den Händen der tansanischen Wahlbehörde **NEC** (*National Electoral Commission*), für die zusätzlichen sansibarischen Wahlen war die entsprechende Schwesterbehörde **ZEC** zuständig (*Zanzibar Electoral Commission*). Beide Wahlbehörden spielen eine zentrale und äußerst problematische Rolle. Ihre Neutralität wird seit Jahren angezweifelt; sie werden mit Wahlbetrug oder dessen Duldung in Zusammenhang gebracht. Auch bei der Durchführung der diesjährigen Wahlen waren und sind beide Wahlbehörden massiver Kritik ausgesetzt.

Das Mandat der nationalen Wahlkommission (NEC) besteht darin, die Integrität des Wahlsystems in Tansania aufrechtzuerhalten, im Einzelnen durch

- Durchführung der WählerInnenregistrierung;
- Festlegung und Anpassung der Wahlkreise;
- Durchführung der Wahlen für Präsidentschaft, Parlament und Distriktversammlungen;
- Benennung von Frauen für die Besetzung von Ausgleichsmandaten (*special seats*);
- Koordination der WählerInnenaufklärung; sowie in ihrer Funktion als
- Beschwerdestelle für wahlbezogene Eingaben

Die Unabhängigkeit von NEC wird vor allem durch drei Faktoren in Frage gestellt:

Die Kommission wird durch den Präsidenten ernannt, eine Mitbeteiligung durch das Parlament oder unabhängige Stellen ist nicht vorgesehen. In der Verfassungsdebatte der vergangenen Jahre wie auch nach jeden Wahlen war und ist dies ein zentraler Punkt der Kritik. Zum zweiten können Beschlüsse der Wahlkommission bzgl. der Präsidentschaftswahl nicht vor Gericht angefochten werden. Insofern wirkt NEC in Bezug auf Kritik und Beschwerden bzgl. ihrer Entscheidungen (z.B. beim Wahlkreischnitt oder bei der Auszählung von Wahlergebnissen zur Präsidentschaft) ggf. zugleich als Angeklagte und Richterin. Zudem haben Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass die Wahlkommission bei Wahlkreischnitt, beim Umgang mit Beschwerden und bei der Registrierung der WählerInnen oftmals zugunsten der Regierungspartei *Chama Cha Mapinduzi* (CCM) entschieden hat.

Die Befürchtungen der Opposition, dass dies in diesem Jahr – wo ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CCM und dem Oppositionsbündnis UKAWA zu erwarten war – wiederum der Fall sein würde, waren daher nur allzu berechtigt. Es musste vermutet werden, dass die Wahlbehörde durch CCM und Regierung in besonderem Maße zur Loyalität aufgefordert und in die ‚Pflicht‘ genommen wurde, strittige Fragen im Sinne der bisherigen Amtsinhaber zu entscheiden. Die praktische Umsetzung hat die Befürchtungen der Opposition bestätigt (s.u.).

Während der WählerInnenregistrierung und der Wahlvorbereitung wurden daher alle Aktivitäten der NEC mit besonderer Aufmerksamkeit von der Opposition begleitet; mögliche Unregelmäßigkeiten wurden kritisiert und öffentlich diskutiert. Im Zentrum der Kritik stand die Registrierung der WählerInnen¹ mithilfe des *Biometric Voter Registration System* (BVR), also einer biometrischen Erfassung. Aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten und Lieferengpässen bei der Beschaffung der Geräte und unzureichendem Training des Bedienungspersonals kam es bei der Erfassung der über 20 Millionen WählerInnen zu vielen Pannen. Darüber hinaus war der geplante Erfassungszeitraum viel zu eng bemessen. Auch wenn die Pannen oft technischer Natur waren oder ihre Ursache in der fehlenden Erfahrung im Umgang mit den Geräten hatte, nährte dieser schleppende Prozess aber auch Vermutungen, dass CCM-Anhänger bevorzugt behandelt würden. In Sansibar war es deshalb beim Registrierungsprozess zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der politischen Lager und zu brutalen Einsätzen von Sicherheitskräften gekommen.

Am Ende konnten aber über 90% der stimmberechtigten BürgerInnen Tansanias registriert und mit entsprechenden *Voter Cards* ausgestattet werden. Zwei Wochen vor den Wahlen wurde die WählerInnenliste veröffentlicht, nach der 23,25 Millionen WählerInnen berechtigt waren, an den Wahlen teilzunehmen, davon ca. 500.000 Menschen in Sansibar.

¹ Da in Tansania kein Melderegister besteht, müssen sich WählerInnen registrieren lassen.

Art der Wahlen

Die Wahlen finden nach dem Prinzip *first-past-the-post* statt, d.h. jeder Posten – ob Präsident, Parlamentsmitglied oder Vertreter eines *district councils* – kann mit einfacher Mehrheit besetzt werden. Alle am 25. Oktober stattgefundenen Wahlen finden im 5-Jahresrhythmus statt, üblicherweise am letzten Sonntag im Oktober.

Verfassungsmäßig kann der Präsident / die Präsidentin maximal zwei Wahlperioden regieren. Deshalb konnte Präsident Jakaya Kikwete in diesem Jahr nicht mehr antreten; er regierte ebenso über zwei Amtsperioden wie schon seine Vorgänger Benjamin Mkapa und Ali Hassan Mwinyi, alle gehören der CCM (Chama Cha Mapinduzi / Partei der Revolution) an.

Zur Wahl 2015 traten acht KandidatInnen an, unter ihnen nur eine einzige Frau, die Kandidatin der ACT-Wazalendo. Die Besonderheit in diesem Jahr bestand darin, dass sich vier Oppositionsparteien auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten und der Präsidentschaftswahlkampf somit vor allem zwischen dem UKAWA-Kandidaten Edward Ngoyayi Lowassa und dem CCM-Kandidaten Dr. John Pombe Magufuli ausgetragen wurde.

Das Unionsparlament besteht aus 264 direkt gewählten Abgeordneten, die in entsprechenden Wahlkreisen gewählt werden. Um eine ausreichende Repräsentanz von Frauen sicherzustellen, sieht die Gesetzgebung zusätzliche Frauensitze (*special seats*) vor. Ihre Anzahl muss mindestens 30% der Gesamtzahl der Abgeordneten betragen. Für das neue Parlament wurde diese Quote auf 40% erhöht, ihre Verteilung entspricht der prozentualen nationalen Stimmenverteilung bei der Parlamentswahl. Berücksichtigt werden dabei nur Parteien, die über 5% der Stimmen erhalten haben. Bei der Verteilung der *special seats* wird also das Prinzip des Verhältniswahlrechts angewandt.

Weitere fünf Mitglieder - davon zwei Frauen - werden durch das sansibarische Abgeordnetenhaus entsandt, bis zu zehn Mitglieder ernennt der Präsident, der Generalstaatsanwalt ist kraft seines Amtes Mitglied des Parlaments.

Auf kommunaler Ebene musste das Elektorat 3802 Ratsfrauen und -männer wählen, die in über 160 Bezirksverordnetenversammlungen (*district councils*) die Legislative auf lokaler Ebene bilden.

Um die sansibarische Präsidentschaft konkurrierten sechs Kandidaten. Allerdings war auch hier klar, dass die Entscheidung zwischen dem CCM-Kandidaten und aktuellen Präsidenten, Dr. Ali Mohamed Shein, und dem Kandidaten der *Civic United Front* (CUF), Seif Sharif Hamad ausgefochten werden würde. Hamad ist sansibarischer Vizepräsident in einer Regierung der Nationalen Einheit.

Das sansibarische Abgeordnetenhaus wird in Zukunft über 54 direkt gewählte Abgeordnete verfügen, da die Anzahl der Wahlkreise um vier erhöht worden ist. Auch hier wurde erwartet, dass nahezu alle Mandate an CCM und CUF fallen würden.

Ähnlich wie auf Unionsebene werden auch die sansibarischen Wahlen nach dem Prinzip *first-past-the-post* durchgeführt.

2. Einschätzung der politischen Situation in Bezug auf die Wahlen

Die politische Situation in Tansania ist vor allem durch eine zunehmende Ungeduld und Unzufriedenheit der Bevölkerung gekennzeichnet. Es wird beklagt, dass politische Versprechungen nicht eingehalten und besonders im Bereich sozialer Dienstleistungen sowie bei der Energie- und Wasserversorgung keinerlei Fortschritte zu erkennen seien. Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die immense Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerung sehr wohl wahr, dass es ein stetiges Wirtschaftswachstum von 6 -7% gibt und die internationale Gebergemeinschaft den politischen und ökonomischen Eliten des Landes riesige Summen zur Verfügung stellt – sei es als Budgethilfe, durch kostengünstige Kredite oder durch die Finanzierung von Entwicklungsprogrammen. Die Communities dagegen erreicht nur ein Bruchteil dieses Geldes. Die Undurchsichtigkeit der Verträge, die die Regierung mit ausländischen Investoren abschließt, um ihnen Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen sowie zu Mineralien und Öl, Gas und Kohle zu ermöglichen, hat den Unmut vieler Bevölkerungsschichten zusätzlich verstärkt.

Darüber hinaus haben der sog. Escrow-Korruptionsskandal, in den hochrangige PolitikerInnen involviert waren, und das Scheitern des Verfassungsprozesses viele WählerInnen darin bestärkt, sich bei den anstehenden Wahlen registrieren zu lassen, um einen Wandel herbeizuführen. Insofern herrschte - zumindest in den Städten und darüber hinaus landesweit bei dem überwiegenden Teil der jungen Wahlbevölkerung – durchaus eine Wechselstimmung. Selbst der CCM-Präsidentschaftskandidat, seit 20 Jahren Mitglied diverser Kabinette, setzte sich plötzlich für Veränderungen ein und machte das Losungswort ‚Wandel‘ zum Mittelpunkt seiner Wahlkampagne.

Da der Zusammenschluss von vier Oppositionsparteien und die Wechselstimmung im Land nicht ohne den Verfassungsprozess der letzten zwei Jahre zu verstehen sind, soll auf diesen kurz eingegangen werden.

Verfassungsprozess

Die Abwendung vom Einparteiensystem zu Beginn der 90er Jahre fand ohne die Verabschiedung einer neuen Verfassung statt, das *Mother Law* von 1977 wurde nur in einigen entsprechenden Passagen angepasst. Bereits seit Jahren forderte daher die Opposition eine vollständige Neuschreibung der Verfassung. Insbesondere ging es dabei um die Beschneidung der umfassenden Macht des Präsidenten, um die Einführung besserer Kontrollmechanismen bzgl. der Exekutive, um eine unabhängigere Rolle der Nationalen Wahlkommission, Verbesserung des Instrumentariums für die Korruptionsbekämpfung und eine bessere Ausdifferenzierung der Rolle Sansibars im Verhältnis zum Gesamtstaat. Präsident Kikwete, der bei seiner zweiten Wahl 2010 viele Stimmen an die Opposition abgeben musste, versprach eine neue Verfassung für Tansania, bevor er seine zweite Amtszeit beenden würde.

In einem umfassenden und für Tansania ungewöhnlichen Beteiligungsprozess erarbeitete die vom Präsidenten eingesetzte Verfassungskommission unter Leitung des ehemaligen Premierministers Joseph Warioba einen Verfassungsentwurf. Dieser wurde dem im Jahr 2014 einberufenen Verfassungskonvent (*Constituent Assembly = CA*) zur weiteren Befassung vorgelegt; in dem Verfassungskonvent saßen die Mitglieder des Unionsparlaments, des sansibarischen Abgeordnetenhauses sowie 201 vom Präsidenten zusätzlich berufene Mitglieder aus diversen gesellschaftlichen

Gruppen. In einem letzten Schritt sollte der Wahlbevölkerung am 30. April 2015 schließlich ein konsolidierter Entwurf zur Abstimmung vorgelegt werden - also möglichst rechtzeitig vor den Wahlen, um die absehbar neuen Regelungen der Verfassung schon für die Wahlen nutzen zu können.

Ein wichtiger Bestandteil in dem von der Warioba-Kommission erarbeiteten Verfassungsentwurf war die Einführung eines föderalen Drei-Säulen-Modells. Dieses Modell sah vor, zwei Regierungen für die Teilstaaten Sansibar und Tanganyika (Festland) einzurichten, mit weitgehender innenpolitischer Verantwortung, wie es im Ansatz bereits heute für die sansibarische Regierung gilt. Eine übergeordnete Unionsregierung wäre zuständig gewesen für Außenbeziehungen, Verteidigung, Währung und andere unveräußerliche Zuständigkeiten eines Nationalstaats; der Unionspräsident hätte allerdings bedeutend weniger Kompetenzen gehabt, als es die aktuelle Verfassung vorsieht.

Um diese und andere Verfassungsregelungen möglichst wirksam vortragen und verteidigen zu können, gründeten vier im Verfassungskonvent vertretene Oppositionsparteien das UKAWA²-Bündnis (*Coalition of the People's Constitution*). Dieses Bündnis bestand (und besteht) aus den beiden größten Oppositionsparteien CHADEMA und CUF sowie zwei kleinen Parteien, NCCR-Mageuzi und NLD.

Der Prozess um eine neue Verfassung endete mit einem Eklat: Beim Zusammentritt des Verfassungskonvents wurde die Warioba-Kommission aufgelöst; ihre Expertise war nicht mehr gefragt bzw. wurde von der CCM als störend empfunden. Wesentliche Vorschläge der Kommission wurden – durch die Mehrheit der Regierungspartei – verändert. Die von der Warioba-Kommission vorgeschlagene Einführung des Drei-Säulen-Regierungsmodells wurde gestrichen; auch eine Einschränkung der Macht des Unionspräsidenten war für die CCM nicht hinnehmbar; der Vorschlag zur Verbesserung des Grundrechtekatalogs und dessen Operationalisierung durch entsprechende Gesetze wurde ebenfalls aufgeweicht.

Schließlich hatte der überarbeitete Verfassungsentwurf an wichtigen Stellen keine Ähnlichkeit mehr mit dem ursprünglich vorgelegten Entwurf der Warioba-Kommission. Einwände und Kritik von Seiten der Opposition und der Zivilgesellschaft wurden überhört. Die endgültige Abstimmung fand in Abwesenheit der UKAWA-VertreterInnen statt, die den Verfassungskonvent bereits unter Protest verlassen hatten.

Der von der CCM durchgesetzte Verfassungsentwurf konnte der Wählerschaft dann allerdings doch nicht in einem Referendum zur Abstimmung vorgelegt werden. Die dafür notwendige (biometrische) WählerInnenregistrierung hatte aufgrund diverser Hindernisse nicht zeitgerecht durchgeführt werden können. Es kann vermutet werden, dass die Absage des Referendums der Regierungspartei nicht schwer gefallen ist. Ihr Verhalten im Verfassungskonvent hatte zu viel Kritik und Unverständnis in der Bevölkerung geführt.

Suche nach Präsidentschaftskandidaten

Obwohl das Ende der Regierungszeit von Präsident Jakaya Kikwete absehbar war, hatte die CCM keinen eindeutigen Nachfolger gekürt. In einem parteiinternen Auswahlverfahren bewarben sich

² UKAWA ist die Abkürzung für den Kiswahili-Namen des Oppositionsbündnisses: Umoja wa Katiba ya Wananchi

daher über 40 KandidatInnen, von denen 38 die notwendigen Voraussetzungen erfüllten. Unter ihnen befanden sich der damalige Vizepräsident und Premierminister, zwei ehemalige Premierminister, diverse KabinettsministerInnen und Vizeminister. Einer der populärsten Bewerber, der ehemalige Premierminister Lowassa, wurde durch ein parteiinternes Ethik-Gremium von der Kandidatur ausgeschlossen. Die Verwicklung in einen Korruptionsskandal hatte ihm 2008 sein Amt gekostet. Am Ende des Auswahlverfahrens, das von der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt wurde, setzte sich schließlich ein Mann aus der zweiten Reihe durch: der Bau- und Verkehrsminister Dr. John Pombe Magufuli. Er galt als der Kompromisskandidat zweier sich bekämpfender innerparteilicher Fraktionen, die ihre jeweiligen Favoriten (Lowassa auf der einen und Außenminister Membe auf der anderen Seite) nicht hatten durchsetzen können. Zudem war sein Name bisher nie mit den vielfältigen Korruptionsskandalen in Verbindung gebracht worden, in die immer wieder auch hochrangige Regierungsmitglieder verwickelt waren.

Auf Seiten der Opposition hatten sich die vier Parteien des UKAWA-Bündnisses entschlossen, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, um ihre Chancen gegen den CCM – Kandidaten zu vergrößern und den erhofften Wechsel herbeizuführen. Außerdem vereinbarten die vier Parteien, auch auf der Ebene der Parlaments- und der Distriktwahlen jeweils nur einen Kandidaten / eine Kandidatin pro Wahlkreis einzusetzen. Dafür hatten sie eine Verteilung von 55% CHADEMA, 39% CUF, 5% NCCR und 1% NLD vorgesehen – wenn bei der konkreten Zuweisung von Wahlkreisen auch nicht immer das Einverständnis der jeweiligen Parteibasis vorausgesetzt werden konnte.

Die UKAWA-Koalition besteht aus der größten Oppositionspartei CHADEMA³ (Partei für Demokratie und Fortschritt), der vor allem in Sansibar und an der Küste stark vertretenen *Civic United Front* (CUF), sowie der mit nur fünf Abgeordneten im Parlament vertretenen NCCR-Mageuzi (*National Convention for Construction and Reform*) sowie der *National League for Democracy* (NLD), die aktuell nicht im Parlament vertreten ist. Als gemeinsamer Präsidentschaftskandidat war der CHADEMA - Generalsekretär, Dr. Wilbrod Slaa, vorgesehen, der schon bei der Wahl 2010 als Präsidentschaftskandidat seiner Partei angetreten war.

Dieser ursprüngliche Plan nahm dann allerdings eine überraschende Wendung durch den Partei-Übertritt Edward Ngoyayi Lowassas. Kurze Zeit, nachdem Lowassa von seiner Partei abgewiesen worden war, hatte er seine jahrzehntelange Mitgliedschaft bei der CCM gekündigt und war zu CHADEMA gewechselt. Diesem Wechsel vorangegangen war die Zusicherung, nunmehr von der Opposition als UKAWA-Präsidentschaftskandidat aufgestellt zu werden. Als Gegenleistung versprach Lowassa, einen großen Teil seiner CCM-Gefolgschaft mitzubringen, sowohl bezogen auf Amtsinhaber in Partei und Parlament als auch hinsichtlich der Wählerbasis.

Mit der Entscheidung, Lowassa zum gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu machen, waren längst nicht alle in der Oppositions-Koalition einverstanden. Schließlich handelte es sich bei Lowassa um einen Mann, den CHADEMA kurze Zeit vorher noch als einen der korruptesten Politiker des Landes kritisiert hatte.

Die Entscheidung für Lowassa hatte auch für den Wahlkampf weitreichende Folgen: CHADEMA und UKAWA verloren ein wichtiges Wahlkampfthema. Mit einem Spitzenkandidaten, der selbst in einen Korruptionsskandal verstrickt gewesen war, konnte man dieses Thema kaum offensiv behandeln.

³ CHADEMA ist die Abkürzung für den Kiswahili-Parteinamen: Chama Cha Demokrasia na Maendeleo

Dabei spielt das Thema Korruption in der Bevölkerung eine zentrale Rolle. Der Escrow-Skandal⁴, der von den Tansaniern mit großer Empörung verfolgt worden war, hatte der Bevölkerung noch einmal in aller Deutlichkeit die kriminelle Verbindung von Regierungsmitgliedern und Geschäftemachern vor Augen geführt und der Opposition viel Material für ihren Ruf nach grundlegenden Veränderungen geliefert. Hinzu kommt, dass Korruption auch Teil des tansanischen Alltags ist. Der Zugang zu Medikamenten, ärztlicher Versorgung, einem Ausbildungsplatz, die Aushändigung eines Dokuments - bei fast allen öffentlichen Dienstleistungen werden Sonderzahlungen erwartet. Nicht anders verhält es sich bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen an Privatfirmen.

Aus Unzufriedenheit über die Lowassa-Entscheidung seiner Partei verließ der langjährige Generalsekretär Dr. Wilbrod Slaa seine Partei CHADEMA. Ibrahim Lipumba, lange Jahre die Führungsfigur von CUF und 2010 deren Präsidentschaftskandidat legte die Parteiführung nieder. Im Verlauf des Wahlkampfs kam es zu vielen Parteiübertritten. Dabei gab es wenige Übertritte in die CCM, auf der anderen Seite aber sehr viele Übertritte von der CCM in Parteien des UKAWA-Bündnisses. Auch wenn derartige Übertritte in jeder Wahlphase im afrikanischen Kontext durchaus nicht unüblich und sehr oft persönlichen Interessen an Ämtern, Posten und Kandidaturen geschuldet sind, ist die Vielzahl der Übertritte und das politische Kaliber einzelner Beteiligter bei der 2015er Wahl überraschend. Neben Lowassa trat auch der ehemalige Premier Sumaye aus der CCM aus, ebenso wie einige (Ex-)Minister. In der heißesten Phase des Wahlkampfs, kurz vor der eigentlichen Wahl, wechselte auch der Politveteran Kingunge Ngombale-Mwiru die Seiten. Der Weggefährte Julius Nyereres und langjährige Partei-Stratege, behauptete gar, auch Julius Nyerere wäre vermutlich diesen Weg gegangen.

Der Wahlkampf war ausschließlich ein Wahlkampf von Personen, zugeschnitten auf die beiden Spitzenkandidaten Magufuli und Lowassa. Der UKAWA-Kandidat hoffte, möglichst viele seiner ehemaligen CCM-Freunde hinter sich zu bringen; seine neue Mitgliedschaft bei CHADEMA wurde nicht offensiv thematisiert, vielmehr trat er als Kandidat des Bündnisses auf. Noch auffälliger war allerdings, dass der CCM-Kandidat Magufuli seinen Wahlkampf vollständig auf seine Person und nicht auf seine Partei ausgerichtet hatte. Der Parteiname kam in Anzeigen, Billboards und anderen Werbematerialien kaum vor. Dem mag die zutreffende Einschätzung zu Grunde gelegen haben, dass das Ansehen der Regierungspartei CCM stark angeschlagen ist – sei es wegen der bereits näher ausgeführten Korruptionsskandale, des selbstgerechten Machtverhaltens im Verfassungsprozess oder wegen der unzureichenden Implementierung dringend notwendiger Entwicklungsprogramme im sozialen und ökonomischen Bereich. Folgerichtig kritisierte Magufuli in seinen Wahlkampf-Auftritten die eigene Partei und versprach in den politischen Gremien und in der Verwaltung für neuen Wind und mehr Effizienz zu sorgen.

Der Zweikampf zwischen den beiden Kandidaten, die Vereinigung der wichtigsten Oppositionsparteien unter dem UKAWA-Bündnis und die weitverbreitete Frustration mit der Regierungspolitik sowie ein extensiver Wahlkampf hat die Wahlbevölkerung Tansanias mobilisiert wie noch nie, ein

⁴ Der sog. Escrow-Skandal erhielt seinen Namen dadurch, dass ein Treuhandkonto (escrow account) bei der tansanischen Zentralbank eine Schlüsselrolle bei Geldüberweisungen zwischen dem tansanischen Elektro-Monopolanbieter TANECOSO und einem dubiosen Subunternehmen (IPTL) sowie dessen Käufer PAP gespielt hat. Auch wenn ein angestregtes internationales Schiedsverfahren über die finanziellen Ansprüche der beteiligten Parteien noch nicht abgeschlossen war, erhielt PAP von dem Treuhandkonto Zahlungen in Höhe von 122 Mio US-Dollar. Ein großer Teil dieser Gelder wurde an PolitikerInnen und andere „Unterstützer“ PAPs ausgezahlt.

sehr hoher Prozentsatz der Wahlberechtigten hat sich registrieren lassen. Und auch die Wahlbeteiligung von knapp 70% bestätigt diese Beobachtung.

Thematisch standen die brennenden sozialen Themen der unzureichenden Wasser- und Energieversorgung, des katastrophalen Zustandes des Bildungssystems, der massiven Jugendarbeitslosigkeit und des großflächig unzureichenden Gesundheitssystems im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Dass umfassende Verbesserungen in jedem dieser Bereiche versprochen werden, gehört zu jedem Wahlkampf. Erstaunlich war allerdings, mit welcher Unverfrorenheit bspw. kostenlose Bildung von der Grundschule bis zur Universität versprochen wird, wo heute auf jeder Ebene Beiträge gezahlt werden müssen, und dass bei völlig unzureichender Qualität der staatlichen Bildungsangebote. Oder es wird die Einrichtung von Gesundheitsstationen in jeder Gemeinde versprochen, ohne jegliche ernst zu nehmende Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeiten anzubieten.

Interessanterweise hat in der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen den Parteien die Frage einer neuen Verfassung keine große Rolle mehr gespielt, selbst wenn in den Wahlprogrammen die bekannten Positionen bekräftigt werden. Ab weder Lowassa, der seinerzeit noch für den CCM-Entwurf gestimmt hatte, noch Mugufuli, der den unpopulären Entwurf seiner Partei nicht offensiv verteidigen mochte, äußerten sich ausführlich zum noch nicht abgeschlossenen Verfassungsprozess.

3. Übersicht der Wahlergebnisse

Präsidentschaftswahlen

Es traten insgesamt acht KandidatInnen an, die elf Parteien repräsentierten. Im Folgenden sind die Parteien, ihre KandidatInnen und die Wahlergebnisse wiedergegeben, so wie sie von der Wahlkommission NEC am 29. Oktober 2015 veröffentlicht wurden:

<i>Partei</i>	<i>Abkürzung</i>	<i>KandidatIn</i>	<i>Stimmen</i>	<i>Prozent</i>
Chama Cha Mapinduzi	CCM	Dr. John Pombe Magufuli	8.882.935	58,46
Chama Cha Demokrasia na Maendeleo	CHADEMA	Edwad Ngoyayi Lowassa	6.072.848	39,97
Civic United Front	CUF	Unterstützte als Teil von UKAWA Lowassa als gemeinsamen Kandidaten		
National Convention for Construction and Reform - Mageuzi	NCCR - Mageuzi	Unterstützte als Teil von UKAWA Lowassa als gemeinsamen Kandidaten		
National League for Democracy	NLD	Unterstützte als Teil von UKAWA Lowassa als gemeinsamen Kandidaten		
Alliance for Change and Transparency - Wazalendo	ACT - Wazalendo	Anna Elisha Mghwira, einzige weibliche Kandidatin	98.763	0,65

Alliance for Democratic Change	ADC	Lutasola Yemba	66.049	0,43
Chama cha Ukombozi wa Umma	CHAUMMA	Hashim Rungwe Spunda	49.256	0,32
Tanzania Labour Party	TLP	Macmillan Elifatio Lyimo	8.198	0,05
National Reconstruction Alliance	NRA	Janken Malik Kasambala	8.028	0,05
United People's Democratic Party	UPDP	Fahmi Nassoro Dovutwa	7.785	0,05

Die Wahlbeteiligung lag bei 67%, eine enorme Steigerung gegenüber 42,8% bei den letzten Wahlen 2010.

Der neue tansanische Präsident heißt **Dr. John Pombe Magufuli** und gehört der CCM an. Das endgültige - und mit großer Spannung erwartete - Präsidentschafts-Wahlergebnis wurde nach tagelanger Auszählung durch die NEC verkündet. Rechtliche Einspruchsmöglichkeiten gibt es nicht.

Kurz zuvor hatte der Kandidat des UKAWA-Bündnisses, Edward Ngoyayi Lowassa auf einer Pressekonferenz verkündet, nach Berechnungen der Opposition habe er 62% der Stimmen erhalten. Das Ergebnis der Nationalen Wahlkommission werde von UKAWA nicht anerkannt. Die Wahlen seien nicht fair gewesen, der Sieg Magufulis basiere auf gefälschten Wahlergebnissen. Folgende Beobachtungen drangen nach und nach an die Öffentlichkeit: Stapel von Originalwahlzetteln mit Stimmabgabe für den CCM-Kandidaten wurden außerhalb von Wahllokalen gefunden, vermutlich in der Absicht, sie später unter die abgegebenen Stimmen zu mischen; es seien Wahlurnen aufgetaucht, die bereits vor dem Wahlgang mit ausgefüllten Wahlzetteln gefüllt gewesen seien; viele WählerInnen mussten - nach stundenlangem Warten - erfahren, dass ihre Stimme bereits „abgegeben“ worden waren, zumindest waren die Wahllisten entsprechend abgezeichnet worden. Entsprechende Beispiele wurden nicht nur von Oppositionspolitikern und -anhängern berichtet, sondern auch von vielen BürgerInnen, die sich in der Wahrnehmung ihres Wahlrechts beeinträchtigt fühlten.

In fast allen Fällen waren dennoch die Ergebnisse auf Wahllokalebene durch VertreterInnen der Wahlbehörde und der Parteien einvernehmlich abgezeichnet worden. Diese Tatsache hat auch die nationalen und internationalen WahlbeobachterInnen, die in großer Zahl unterwegs waren, dazu bewogen, dass sie der tansanischen Wahl zunächst fast ausnahmslos ein gutes Zeugnis ausgestellt haben.

Es wird spekuliert, dass punktuell Wahlfälschungen auf der nächst höheren Ebene, also der Distriktebene, stattgefunden haben. Dort, wo die Einzelergebnisse aus den Wahllokalen zusammengezählt und dann an die NEC weitergeleitet wurden. Hier kam es vermutlich nicht mehr zu einer systematischen Einsichtnahme aller Beteiligten; eine Transparenz des Zählprozesses war nicht mehr überall gegeben. Die Opposition spricht von systematischem Betrug, verschiedene Wahlbeobachtungsmissionen mahnten mehr Transparenz beim Verfahren an.

Die Vermutung eines Wahlbetrugs wird durch die Tatsache erhärtet, dass schon am Wahlabend das IT-Zentrum der Opposition von der Polizei gestürmt, Hardware beschlagnahmt und über 100 Aktivisten festgenommen wurden. In diesem Zentrum saßen MitarbeiterInnen der Opposition an

einer Parallelauswertung der abgegebenen Stimmen, basierend auf der telefonischen Übersendung der Wahlergebnisse aus den Wahllokalen. Einige Tage später, am 29. Oktober, wurde auch das IT-Zentrum des *Tanzania Civil Society Consortium on Election Observation* (TACCEO) von der Polizei gestürmt. Das Konsortium hatte sein Quartier in den Räumen des *Legal and Human Rights Centre* aufgeschlagen. Beide Organisationen waren durch die NEC in ihrer Beobachterrolle akkreditiert worden. Auch hier wurden Daten zusammengetragen, um fundiertes Material für die Berichterstattung zu erhalten. Die Polizei konfiszierte Computer-Hardware und Smartphones, MitarbeiterInnen wurden festgenommen, nachdem sämtliche Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren. Auch hier liegt der Verdacht nahe, dass jegliche Beweise, die das CCM-Präsidentschaftsergebnis infrage stellen könnten, vernichtet werden sollen.

Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen waren 264 Direktmandate zu vergeben. In acht Wahlkreisen wurde die Wahl zurückgestellt. Das hatte zum einen technische Gründe, zum anderen waren KandidatInnen während des Wahlkampfes verstorben.

Die zur Auszählung gelangten 256 Wahlkreise verteilen sich auf folgende Parteien:

CCM	Chadema	CUF	NCCR-Mageuzi	ACT-Wazalendo
180	35	39	1	1

Bei der Verteilung der Parlamentsmandate setzte sich der bisherige Trend fort. Die Opposition hat ihre Hochburgen vor allem in den großen Städten, inzwischen auch mehrheitlich in der Metropole Dar es Salaam, im Norden des Landes, in der Umgebung von Arusha, Moshi und Mwanza, sowie auf der Insel Pemba. Große Teile der ländlichen Regionen werden weiterhin durch CCM-Abgeordnete vertreten, insgesamt ist die CCM mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament ausgestattet.

Die Anzahl der direkt gewählten Abgeordneten wird durch 113 weibliche Abgeordnete ergänzt, die sog. *special seats*. Die Wahlkommission hat nach Auszählung der Stimmen der Parlamentswahlkreise festgelegt, dass proportional der Ergebnisse der drei Parteien, die mehr als 5% errungen haben, folgende zusätzliche „Frauensitze“ vergeben werden: CCM erhält 64, CHADEMA 36 und CUF erhält 10 zusätzliche Sitze. Die verbleibenden drei *special seats* werden nach den Nachwahlen vergeben.

Ebenso werden bis auf weiteres die fünf sansibarischen Sondersitze vakant bleiben, da sie erst nach den noch ausstehenden Wahlen zum dortigen Abgeordnetenhaus (s.u.) besetzt werden können.

Die Wahlbeteiligung bei der Auszählung der Stimmen für die einzelnen Parlamentsmandate wird nicht separat erfasst, dürfte aber weitgehend mit den Zahlen bei der Präsidentschaftswahl übereinstimmen.

Distriktwahlen

Soweit die Ergebnisse bisher bekannt sind, haben die Distriktwahlen ähnliche Ergebnisse wie die Parlamentswahlen erbracht, d.h. in Hochburgen der Opposition konnten *District Councils* mehrheitlich von CHADEMA oder CUF-Ratsmitgliedern besetzt werden. Gleiches gilt für die

traditionellen Schwerpunktregionen der Regierungspartei CCM. Leider lag bei Fertigstellung dieses Berichts noch keine Auflistung aller Wahlergebnisse auf Distriktebene vor.

Sansibar

Auf den Inseln des Sansibar-Archipels war für die beiden zusätzlichen Regionalwahlen - Präsidentschaft und Abgeordnetenhaus für Sansibar - ein sehr knappes Wahlergebnis prognostiziert worden. Bereits bei den letzten Wahlen hatte der jetzige sansibarische Amtsinhaber Dr. Ali Mohamed Shein (CCM) lediglich einen Vorsprung von 3.400 Stimmen gehabt; sein Wahlsieg war von vielen AnhängerInnen der Opposition angezweifelt worden.

Bei der diesjährigen Wahl war sich der Oppositionskandidat Sheif Sarif Hamad (CUF) seiner Wahl so sicher, dass er bereits vor der Verkündung der Wahlergebnisse durch die sansibarische Wahlkommission (ZEC) seinen Wahlsieg erklärte. (Sheif Sarif Hamad ist gegenwärtig Vizepräsident in der Regierung der nationalen Einheit.) Diese unilaterale Bekanntgabe erfolgte bereits einen Tag nach der Wahl und wurde von politischen Kontrahenten und Beobachtern gleichermaßen verurteilt. Polizei und Militär verstärkten ihre Präsenz in der Hauptstadt von Sansibar, in Stone Town, vordergründig um gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den konkurrierenden politischen Lagern zu unterbinden, sicherlich aber auch um Druck auf die CUF und die Wahlkommission auszuüben.

In den darauffolgenden Tagen hüllte sich die ZEC in Schweigen, es gab keinerlei offizielle Angaben zu Wahlergebnissen oder zur Wahlbeteiligung in Sansibar. Erst drei Tage später meldete sich der ZEC-Vorsitzende Jecha Salem Jecha zu Wort und verkündete, dass die Wahlen in Sansibar wegen massiver Unregelmäßigkeiten und Verstöße annulliert seien. Über diesen folgenschweren Entschluss war es in der ZEC zu keiner Einigung gekommen, vielmehr wurde von tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den Kommissionsmitgliedern berichtet.

Der NEC-Vorsitzende in Dar es Salaam, zuständig für die drei nationalen Wahlen (auch auf Sansibar), betonte umgehend, dass diese Entscheidung auf die andauernde Stimmenauszählung keinerlei Einfluss habe und die Wahlen unter seiner Ägide von der Annullierung in Sansibar nicht betroffen seien; neben diesem lapidaren Statement gab es keinerlei weitere Ausführungen oder Erklärungen.

Beobachter vermuten, dass die CCM-Führung massiven Druck auf die sansibarische Wahlkommission und deren Vorsitzenden ausübte, um einen drohende Sieg Sheif Sarif Hamads abzuwenden. Die Annullierung der Wahl schien das einzige verbleibende Mittel dafür zu sein. Offenbar hatten sich auch die beiden ehemaligen tansanischen Präsidenten Mkapa und Mwinyi zum Zeitpunkt der Entscheidung auf Sansibar aufgehalten, sie hatten sich in den letzten Tagen vor der Wahl vehement am Wahlkampf der CCM beteiligt.

Auch zwei Wochen nach den Wahlen ist eine Lösung für die sansibarische Krise noch nicht gefunden. Internationale Wahlbeobachter und einige Diplomaten legten Protest ein und kritisierten die Annullierung als verfassungswidrig und inadäquat. In ihren Protestnoten forderten sie die zuständigen sansibarischen und tansanischen Politiker und Institutionen auf, für eine Aufhebung der Annullierung zu sorgen und den Wahlprozess zu einem ordnungsgemäßen Ende zu führen. Erste hochrangige Gespräche zwischen den zerstrittenen politischen Lagern unter Beteiligung von Hamad und Shein ebenso wie des ehemaligen Staatspräsidenten Ali Hassan Mwinyi und des ehemaligen sansibarischen Präsidenten Amani Abeid Karume lassen allerdings hoffen, dass es zu einer

einvernehmlichen Lösung kommt. Zudem gibt es Vermittlungsangebote des ehemaligen nigerianischen Präsidenten Goodluck Jonathan sowie aus der regionalen und internationalen Diplomatie.

4. Ergebnis linker Parteien

Wie in vielen anderen Ländern der Region, spielt auch in Tansania die Programmatik in der Selbstdarstellung politischer Parteien und in ihrer jeweiligen Abgrenzung gegenüber Mitbewerbern keine entscheidende Rolle. So verwundert es nicht, dass sich die meisten Forderungen im Wahlkampf sehr ähneln. In allen Parteiprogrammen finden sich die Themen Wirtschaftsentwicklung, Versorgung mit physischer und sozialer Infrastruktur, regionale Integration und Korruptionsbekämpfung. Einigkeit herrscht auch, wenn es um die Bedeutung internationaler Investoren geht: Man will die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Tansania erhöhen. Bei der dringend notwendigen Mobilisierung von Kapital scheint es allen erfolgversprechender, sich auf den privaten Sektor zu konzentrieren, als auf die Erhöhung der Steuereinnahmen zu setzen oder gar weiterhin auf die Großzügigkeit der internationalen Gebergemeinschaft.

Auf der anderen Seite muss aber auf die Kritik reagiert werden, die zum Beispiel durch die Veröffentlichung von Verträgen zwischen tansanischem Staat und Gasförderfirmen ausgelöst worden ist. Parteien müssen oder müssten also eine Antwort auf die vielfach geäußerten Fragen der Tansanier finden: Welche Vorteile bringen ausländische Direktinvestitionen tatsächlich für Tansania und seine Bevölkerung? In welchem Maße werden internationale Unternehmen zur Zahlung von Steuern und Lizenzgebühren herangezogen? Müssen diese Firmen dafür sorgen, dass bei Zulieferung von Vorprodukten, bei Verarbeitung, bei Transport und anderen Dienstleistungen lokale Firmen, Expertise und Beschäftigte einbezogen werden (*local content*)?

Das Thema wurde von allen Parteien in ihren jeweiligen Wahl-Manifesten aufgegriffen. Sehr ausführlich hat sich dazu die relativ junge Partei ACT-Wazalendo geäußert und eine explizite Position eingenommen. Sie fordert, dass die Ausbeutung von Bodenschätzen (inklusive Gas und Öl) unter „Kontrolle des Volkes“ stattfinden soll, dass entsprechende Rechte und Eigentumstitel nicht veräußert werden dürfen. Sie nimmt damit in einem sehr wichtigen Politikfeld eine eindeutig linke Position ein. Es ist zu vermuten, dass diese Forderung eine Nationalisierung der Ressourcen bedeuten würde, auch wenn es so eindeutig nicht ausformuliert worden ist. Nutzungs- und Ausbeutungsrechte – so heißt es weiter – sollen begrenzt an private Firmen übergeben werden können, entsprechende Vereinbarungen müssten transparent und öffentlich einsehbar sein. Die Profite seien zwischen Staat und Unternehmen zu teilen, wobei direkte Vorteile für lokale Communities gewährleistet sein müssen.

Andere Forderungen in ihrem Wahlprogramm unterstützen die Annahme, dass ACT-Wazalendo eine Partei ist, die sich auf den Ujamaa-Ansatz Nyereres bezieht. ACT-Wazalendo hat eine konsequent soziale Politik auf ihre Fahnen geschrieben, bei der Transparenz und Rechenschaftslegung gegenüber der Bevölkerung einen hohen Stellenwert genießen. In ihrem umfassenden Manifest betont die ACT die Verteidigung von Bürgerrechten, insbesondere der Pressefreiheit und macht sich für einen konsequenten Kampf gegen Korruption stark; Anti-Korruptionsinstitutionen und Gerichtsbarkeit sollen gestärkt werden. Die ACT fordert eine Fokussierung staatlichen Handelns auf

die sozialen Belange der Bevölkerung bei gleichzeitiger Sicherung nationaler Reichtümer für die Wohlfahrt der Menschen in Tansania.

In ihrem Wahlprogramm greift die ACT-Wazalendo damit die meisten der Themen auf, die auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dennoch konnte sie mit ihrer Spitzenkandidatin Anna Elisha Mghwira lediglich 0,65 % der Stimmen auf sich vereinigen. Dieses Ergebnis wäre vermutlich um einige Prozentpunkte höher ausgefallen, hätte ihre eigentliche Führungsfigur Zitto Kabwe für die Präsidentschaft kandidieren können. Auf Grund seines Alters war dies nicht möglich. (Das erforderliche Mindestalter für Präsidentschaftskandidaten ist 40 Jahre). Der 39-jährige Zitto Kabwe genießt in Tansania hohes Ansehen. Vor knapp zwei Jahren hatte er – damals noch Mitglied der CHADEMA – als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses federführend dafür gesorgt, dass einer der größten Korruptionsskandale der Legislaturperiode öffentlich im Parlament verhandelt wurde. In der Folge mussten der Generalstaatsanwalt und mehrere Minister ihren Hut nehmen.

Bei der diesjährigen Wahl konnte Zitto Kabwe denn auch das einzige Parlamentsmandat seiner Partei erringen. Bei der polarisierten Auseinandersetzung zwischen CCM / Magufuli und UKAWA / Lowassa und ihren aufwendigen und kostspieligen Wahlkampagnen hatte die ACT-Wazalendo nur wenig Chancen, sich Gehör zu verschaffen. Unter den acht PräsidentschaftskandidatInnen nahm die ACT-Kandidatin immerhin den dritten Platz ein.

Die Zukunft wird zeigen, ob sich in Tansania, eine Partei behaupten kann, die sich deutlich und offensiv gegen ein System von Patronage und Selbstbedienung stellt. Auch wird sich zeigen, ob ACT-Wazalendo diese Eindeutigkeit behalten und ihre Basis ausbauen kann. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit anderen sozialen Akteuren nötig – mit Gewerkschaften, Frauenorganisationen oder anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

5. Ausblick

Tansania hat einen neuen Präsidenten. Dr. John Pombe Magufuli hat damit die Nachfolge von Jakaya Kikwete angetreten. Er wird bei seinem Regierungshandeln von einer großen CCM-Mehrheit im Parlament unterstützt werden. Seine Wahl hinterlässt einen bitteren Beigeschmack, der durchaus auch von den Medien wahrgenommen und zum Ausdruck gebracht wird. Vorwürfe von Wahlbetrug, Parteilichkeit der Wahlkommission und unrechtmäßiges Unterbinden von oppositionellen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten durch den Einsatz der Staatsgewalt werden sich kaum entkräften lassen.

Der neue Präsident tritt kein einfaches Erbe an. Das Wahlvolk ist mehr oder weniger gespalten. Zum ersten Mal ist das Ausmaß der Kritik an einer CCM-Regierung überdeutlich geworden, auch wenn die Ergebnisse am Ende eindeutig und pro CCM zu sein scheinen. Dr. Magufuli – so urteilte ein Zeitungskommentar – habe wegen seiner Person, nicht aber wegen seiner Partei den Wahlkampf gewonnen.

Auf Magufulis To-Do-Liste dürfte das Problem Sansibar weit oben stehen. Ganz gleich, welche Schritte hinsichtlich der Annullierung der sansibarischen Wahl durch die ZEC unternommen werden, der Unmut in dem semi-autonomen Archipel ist groß und die tansanische Einheit steht auf tönernen Füßen.

Während seiner zahlreichen Auftritte auf diversen Großkundgebungen hat Dr. John Magufuli den Wählern umfassende Veränderungen und Verbesserungen versprochen. Ob es ihm gelingt, in den eigenen Reihen mit Korruption, Vetternwirtschaft und Ineffizienz aufräumen, wird sehr genau beobachtet werden. Selbst CCM-Anhänger haben ihre Zweifel. Allerdings hat er durch spektakuläre Aktionen in seinen ersten Amtstagen schon Zeichen gesetzt: Bei einem Überraschungsbesuch im Finanzministerium zeigte er sich erstaunt über die vielen leeren Arbeitsplätze und mahnte die Behörde zu effizienterer Arbeit. Wenige Tage später, bei einem ebenso überraschenden Besuch im größten Referenzkrankenhaus des Landes prangerte er öffentlich die gängige Praxis an, teure Geräte nicht zu reparieren, sondern die Patienten stattdessen in Privatkliniken zu überweisen, die von vielen staatlich angestellten Ärzten parallel betrieben werden. Eine Konsequenz dieses Besuchs war die Suspendierung der Aufsichtsbehörde des Krankenhauses. Sollte dieser fulminante Start nicht nur ein PR-Gag zur Popularitätssteigerung des Amtes und des (noch zu ernennenden) neuen CCM-Kabinetts sein, lässt Magufulis Regierungsstil hoffen, dass er es zumindest mit einigen seiner Versprechungen tatsächlich ernst meint. Viel Beifall aus der Bevölkerung hat er schon jetzt.

Ein wichtiger inhaltlicher Schritt wäre die Neuaufnahme des Verfassungsprozesses unter Einbeziehung der vielfältigen Kritiker in Opposition und Zivilgesellschaft. Auch diese Maßnahme brächte ihm ein gehöriges Maß an Glaubwürdigkeit. Im Zuge eines solchen Verfahrens könnten die offensichtlichen Probleme hinsichtlich einer Machtbegrenzung der Exekutive, transparenter Wahlverfahren unter Einbeziehung unabhängiger Wahlbehörden und einer Verbesserung der Korruptionsbekämpfung angegangen werden.

Viele von Magufulis Versprechen haben die Wähler nicht zum ersten Mal gehört. Auch Präsident Kikwete war mit dem erklärten Ziel angetreten, die Korruption im Lande zu bekämpfen. Magufuli ist nun gefordert, den Beweis anzutreten, dass derartige Versprechen nicht noch einmal ins Leere laufen, sondern tatsächlich umgesetzt werden. Er muss dies auch im Sinne seiner Partei und mit Blick auf die nächste Wahl tun. Auf lange Sicht kann auch die CCM nur durch Erneuerung überleben.

Vorausgesetzt Magufuli wollte eine derartige Agenda der Veränderungen tatsächlich verfolgen, hätte er dennoch mit heftigem Widerstand in nahezu allen etablierten Institutionen und auf allen politischen Ebenen zu rechnen. Das vorherrschende Patronagesystem würde dann nicht mehr in dem Maße funktionieren wie bisher. Ob er in seiner Partei und in Ministerien, in Verwaltungen und bei den bisherigen Nutznießern im Privatsektor ausreichend Unterstützung organisieren kann, bleibt äußerst fraglich.

Bei einer rechtmäßigen Wahl hätte die Opposition vermutlich ein weitaus besseres (Präsidentschafts) Ergebnis vorweisen können, als es jetzt offiziell bekannt gegeben wurde. Ob es allerdings für einen Wahlsieg gereicht hätte, ist strittig. Auf dem Land – auf dem über 70% der tansanischen Bevölkerung leben – ist die CCM immer noch tief verwurzelt. Auch in einigen wichtigen Städten gibt es weiterhin eine starke Basis. Das UKAWA-Bündnis, durch CHADEMA und CUF im Parlament stärker vertreten als bisher, wird sich nach Auflösung des Verfassungskonvents - ihrer Geburtsstunde - und dem Ende des Wahlkampfes neu erfinden müssen. Dabei befindet sich die Koalition in einer schwierigen Situation. Herausragende Leitfigur ist ein gescheiterter und nicht unumstrittener Präsidentschaftskandidat(und langjähriger CCM-Kader); wichtige Führungspersönlichkeiten wie Dr. Slaa (CHADEMA) und Ibrahim Lipumba (CUF) haben sich zurückgezogen. Nachdem die Wahlniederlage analysiert und überwunden ist, wird die Opposition sehr genau darüber

nachdenken müssen, wie sie sich aufstellt und wohin sie sich inhaltlich und strategisch bewegen will
– die nächste Wahl kommt bestimmt.

(09.11.2015)